

**FORSCHUNGEN ZUR  
BRANDENBURGISCHEN UND  
PREUSSISCHEN GESCHICHTE**

NEUE FOLGE

Beiheft 17

**Preußen und sein Osten  
in der Weimarer Republik**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Preußen und sein Osten  
in der Weimarer Republik

FORSCHUNGEN ZUR BRANDENBURGISCHEN  
UND PREUSSISCHEN GESCHICHTE

NEUE FOLGE

Herausgegeben im Auftrag der  
Preußischen Historischen Kommission  
und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz  
von Ulrike Höroldt, Hans-Christof Kraus  
und Frank-Lothar Kroll

Beiheft 17

# Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik

Herausgegeben von

Manfred Kittel  
Gabriele Schneider  
Thomas Simon



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Printed in Germany

ISSN 0940-1644

ISBN 978-3-428-18526-9 (Print)

ISBN 978-3-428-58526-7 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Inhaltsverzeichnis

Einführung	
Von <i>Manfred Kittel</i> , Berlin/Regensburg, <i>Gabriele Schneider</i> , Wien, und <i>Thomas Simon</i> , Wien . . . . .	1
Preußen und die Weimarer Republik	
Von <i>Horst Möller</i> , München . . . . .	13
<b>I. Verfassung</b>	
Preußen in der Weimarer Republik – Ein Forschungsbericht	
Von <i>Christoph Gussy</i> , Bielefeld . . . . .	27
Streit um das preußische Wesen: Neuerfindungen eines Staates, 1910–1932	
Von <i>Georg Eckert</i> , Wuppertal/Potsdam . . . . .	59
Preußens Ende – Weimars Untergang? Der „Preußenschlag“ (20. Juli 1932)	
Von <i>Wolf Nitschke</i> , Winsen an der Aller . . . . .	97
<b>II. Politik</b>	
Von Lasalle bis Löbe. Das „rote Schlesien“: Ein Stammland der Sozial- demokratie?	
Von <i>Winfried Halder</i> , Düsseldorf . . . . .	151
Die „republikanischste“ aller preußischen Provinzen? Das unbekannte Oberschlesien 1919–1933	
Von <i>Guido Hitze</i> , Düsseldorf . . . . .	191
Eine „deutsche Vendée“ gegen Weimar? Junker, Landbund und Deutsch- nationale in der politischen Landschaft Pommerns (1918–1933)	
Von <i>Manfred Kittel</i> , Berlin/Regensburg . . . . .	229
Ostpreußen 1918 bis 1933. Von einer bunten Parteienlandschaft zur späten Dominanz der NSDAP	
Von <i>Ralf Meindl</i> , Olsztyn (Allenstein) . . . . .	289
Carl Friedrich Goerdeler in Königsberg: Anmerkungen zu einem deutschnationalen Kommunalpolitiker der Weimarer Republik	
Von <i>Desiderius Meier</i> , Passau . . . . .	313

Epigonen des Reiches? Die Parteienlandschaft der Freien Stadt Danzig in den zwanziger Jahren Von <i>Stefan Samerski</i> , Berlin/München . . . . .	333
--	-----

### III. Baukultur

Idealstädte am Epochenende – Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften in Ostpreußen nach 1914 Von <i>Nils Aschenbeck</i> , Bad Kissingen . . . . .	355
Neues Bauen, die Weimarer Republik und Preußen: Zwischenkriegsarchi- tektur im Osten Von <i>Ingo Sommer</i> , Kleinmachnow bei Berlin . . . . .	373
Die Autoren und Herausgeber des Bandes . . . . .	385

## Einführung

Von *Manfred Kittel*, Berlin/Regensburg, *Gabriele Schneider*, Wien,  
und *Thomas Simon*, Wien

Im April 1929 beschließt das Reichskabinett der Weimarer Republik (neue) Richtlinien für den Grenz- und Landesschutz. Als „bedrohte Grenzgebiete“ werden in den Richtlinien genannt: Ostpreußen, das Pommern „ostwärts der Oder“, die Grenzmark (Posen-Westpreußen), Ober- und Niederschlesien sowie der Regierungsbezirk Frankfurt/Oder, also das östliche Brandenburg.<sup>1</sup> Es ist die letzte lupenrein parlamentarische Weimarer Regierung unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller-Franken, die solches beschließt. Die als „bedroht“ wahrgenommenen preußisch-deutschen Grenzgebiete sind nahezu deckungsgleich mit jenen Gebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich von Deutschland abgetrennt werden sollten – wenn auch keineswegs in erster Linie, weil die polnische Exilregierung das so anstrebte, sondern vor allem in der Konsequenz stalinistisch-sowjetischer Expansionspolitik, der die westlichen Siegermächte nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus in Abwägung mit anderen politischen Interessen im Kontext der anstehenden Neuordnung Europas weiter nachgaben, als es nicht zuletzt für das deutsch-polnische Verhältnis nach 1945 gut war.

Das militärische Gefährdungsgefühl in der Weimarer Republik war bekanntlich eng verknüpft gewesen mit Sorgen um die wirtschaftlich-soziale Entwicklung der preußischen Ostgebiete. Sie wuchsen, spätestens seit dem Beginn der großen Agrarkrise Anfang 1928, dramatisch, um bald – unter den Stichworten Überschuldung und Osthilfe – zu kulminieren. Es ging dabei, wie der pommersche Reichskommissar für Osthilfe, Hans Schlange-Schöningen, formulierte, um nicht weniger als „die Rettung

---

<sup>1</sup> *Rüdiger Bergien*, Staat im Staate? Zur Kooperation von Reichswehr und Republik in der Frage des Grenz- und Landesschutzes, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), 643–678, hier 660. Auch ein untadeliger Demokrat wie der preußische SPD-Ministerpräsident Otto Braun teilte – etwa in einer Landtagsrede am 23. März 1926 – voll die Befürchtung, Warschau wolle über die Gebietsgewinne von 1919 hinaus „weitere deutsche Gebiete unter polnische Herrschaft ... bringen“; *Hans Schlange-Schöningen*, Am Tage danach, Hamburg 1946, 53.



des rechten preußischen Lungenflügels“.<sup>2</sup> Die Gründe, ein besonderes Augenmerk auf diesen „rechten preußischen Lungenflügel“ zu richten, liegen auf der Hand, wurde bzw. wird Ostelbien mit seinen legendenumwobenen Junkern und Magnaten ja lange, und teilweise bis heute, eine entscheidende Rolle für das Ende der Weimarer Republik zugeschrieben. Auch darüber hinaus aber waren die preußischen Verhältnisse – im größten Gliedstaat des Reiches – für die innen- und gesellschaftspolitische Entwicklung der Weimar Republik insgesamt von herausragender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass sich die Preußische Historische Kommission im hundertsten Jahr nach den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung mit Verfassung, Politik und Kultur Preußens in den Jahren der ersten deutschen Demokratie befasst und dabei auch ein besonderes Augenmerk auf die inneren Verhältnisse der Ostprovinzen gerichtet hat. Deren außenpolitische Dimensionen wären gewiss eine eigene Betrachtung wert. Von den ebenfalls ein eigenes Buch verdienenden zahlreichen Feldern kultureller Art werden exemplarisch zumindest einige Aspekte der politiknahen Baukultur beleuchtet. Bei den Beiträgen des Sammelbandes handelt es sich um die schriftliche Ausarbeitung von Vorträgen auf einer Tagung der Kommission im November 2019 in Berlin.

Sie wurde eröffnet von einem „Altmeister“ der Preußenforschung, Horst Möller, der bei seiner Einordnung der Landesgeschichte in die Reichsgeschichte (unter der Überschrift „Preußen und die Weimarer Republik“) vom Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 ausging. An dem berühmten Satz, der Staat Preußen, „seit jeher der Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“, habe zu bestehen aufgehört, sei außer der Feststellung des Endes preußischer Staatlichkeit „alles falsch“. Für die Weimarer Jahre erläuterte Möller dies eindrucksvoll anhand der politischen und verfassungsrechtlichen Entwicklungen. In Preußen sei vor allem ein konsequent parlamentarisches Regierungssystem eingeführt worden und nicht wie im Reich ein semi-parlamentarisches. Auch habe es anders als im Reich keine vorzeitigen Parlamentsauflösungen, im Landtag weniger Parteien (im Höchstfall 8, statt 14 im Reichstag), von 1919 bis 1932 stabile demokratische Mehrheiten, von Beginn an 4 verfassungstreue Parteien und insgesamt nur 7 Regierungen (im Reich 21) und 4 Ministerpräsidenten gegeben. Zudem agierte die von 1919 bis 1932 stärkste Partei, die SPD, in Preußen „deutlich gouvernementaler und kompromissfähiger als im Reich“, und sie sei

---

<sup>2</sup> *Schlange-Schönungen*, Am Tage danach (Anm. 1).

„nicht allein regierungswillig“, sondern mit Otto Braun an der Spitze „auch regierungsfähig“ gewesen.

Auf die Frage, weshalb die Weimarer Demokratie scheiterte, obgleich sie in ihren drei preußischen Fünfteln leidlich gut funktionierte, nannte Möller vor allem „strukturelle Gründe, ... die nicht in der Geschichte Preußens“ lagen. Zum einen trafen alle ökonomischen und allgemeinpolitischen Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik, darunter Finanzkrise und Arbeitslosigkeit, Preußen als größten Staat besonders schwer. Hinzu kam aber gerade beim Reichspräsidenten Hindenburg und seiner Entourage der Ärger über das unter maßgeblicher Beteiligung der SPD funktionstüchtige neue Preußen, was Reichsreformdiskussionen anheizte, die sowohl die Legitimität der Weimarer Verfassungsordnung als auch die Existenz Preußens gefährdeten. Immerhin jedoch, so schloss Möller, habe Preußen sein „positives verfassungspolitisches Erbe“ aus der Weimarer Zeit im Grundgesetz an die Bundesrepublik weitergeben können.

Die folgenden Beiträge dieses Bandes knüpfen zum Teil an Möllers Überlegungen an. Sie kreisen zunächst vertiefend um die Frage, wie der Übergang zur republikanischen Staatsform 1918 in Preußen vor allem auch verfassungsrechtlich über die Bühne ging und wie dieser – für viele bis dahin schlechterdings unvorstellbare – Wandel reflektiert wurde. Vielen schien eine „Republik Preußen“ schlichtweg eine *contradictio in adiecto*, wurzelte doch Preußen in besonderer Weise in der Tradition einer dynastischen Länderverbindung, dessen Zusammenhalt im Wesentlichen „auf seiner dynastisch obrigkeitlichen Struktur beruhte“. Gewiss, das sehr kritische Statement des Liberalen Hugo Preuß war auf *alle* Länder des Reiches gemünzt: Preuß sah in den Ländern „samt und sonders lediglich Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik, die fast überall die natürlichen Zusammenhänge der Landschaften und Stämme willkürlich durchschneiden, Zusammengehöriges trennen und Unzusammenhängendes verbinden“. So hat er es in seinem „Entwurf der künftigen Reichsverfassung“ formuliert,<sup>3</sup> um damit den Umbau des Deutschen Reiches zu einem viel stärker einheitsstaatlich konzipierten Gemeinwesen zu rechtfertigen.

Aber diese Kritik schien eben doch in besonderer Weise für Preußen zuzutreffen, das schon von seiner schiereren Ausdehnung her die breiteste Vielfalt der unterschiedlichsten Länder und Territorien zusammenschloss, hierin der Donaumonarchie nicht ganz unähnlich. Bis ins

---

<sup>3</sup> Zit. in *Georg Eckert*, Streit um das preußische Wesen: Neuerfindung eines Staates (in diesem Heft), bei Fn. 52.